

**Antworten auf die Wahlprüfsteine der
Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer
Karlsruhe anlässlich der
Bundestagswahl 2017**



1. Wie stehen Sie heute zur elektrischen Speicherheizung und ihrer künftigen Rolle im Stromnetz?

Wir wollen bis spätestens 2050 die Wärmeversorgung vollständig auf erneuerbare Energien und Abwärme umstellen. Dazu bedarf es zum einen einer ambitionierten Senkung des Wärmebedarfs und zum anderen neuer Wärme-Technologien. Von der klassischen Solaranlage oder dem biogasbetriebenen KWK-Anlagen über Anlagen, die mithilfe von Ökostrom „Grünes Gas“ erzeugen gibt es bis hin zur Wärmepumpe und Stromspeicherheizung eine breite technologische Vielfalt, die wir nutzen wollen.

2. Welche administrativen und politischen Schritte werden Sie in die Wege leiten, um den oben beispielhaft genannten Modellversuchen zum Durchbruch zu verhelfen?

Wir wollen die Kopplung von Ökostrom- und Wärmemarkt voranbringen, insbesondere durch eine Speicheroffensive. Wir sehen dabei eine Zukunft für alle Technologien, die klimaneutral und effizient sind und sich am Markt behaupten können.

3. Auf welche Langzeitspeichermöglichkeiten setzen Sie für die Zukunft?

Politik sollte möglichstste technologieneutral handeln. Wir sehen eine Zukunft für alle Technologien, die klimaneutral und effizient sind und sich am Markt behaupten können.

4. Halten Sie den Ausstieg aus konventionellen Kraftwerken für möglich bzw. welchen Zeitraum sehen Sie bis zur Stilllegung?

Wir wollen den Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 in Deutschland umsetzen. Dazu sollen - um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können - unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Für die verbleibenden Kohlekraftwerke wird im zweiten Schritt der maximale CO₂-Ausstoß analog zu den Klimazielen gedeckelt. Wir werden so den Kohleausstieg in Einklang zu unseren Zielen 100 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor bis 2030 planungssicher für alle Beteiligten gestalten. Die betroffenen Regionen brauchen bei der Strukturentwicklung aber auch finanzielle Unterstützung.

Wir wollen dazu einen vom Bund und den betroffenen Ländern betreuten Fonds einrichten.

5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine ambitioniertere Reduktion der CO₂-Emissionen im Heizungsbereich zu bewirken?

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die CO₂-Emissionen im Wärmebereich spürbar zu reduzieren, ohne den Weg in die von CO₂-Emissionen freie Zukunft zu verbauen?

Antwort zu 5 und 6: Die Energiesparverordnung und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz müssen dringend zu einem entbürokratisierten und am Klimaschutz ausgerichteten Gebäudeenergiegesetz zusammengelegt werden. In Anlehnung an die Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg sollen darin auch verpflichtende Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Wärme in Neu- und Bestandsbauten verankern.

Neben dem Ordnungsrecht wollen wir die Förderung auf neue Beine stellen mit unserem neuen Programm „Faire Wärme“, über das wir jährlich 2 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden zur sozialverträglichen Sanierung von Wohnvierteln bereithalten wollen.

Und wir wollen ein Förderprogramm für Wärmespeicher auflegen, um so auch den Einsatz von Ökostrom im Wärmemarkt zu stärken.

7. Wie wollen Sie die Benachteiligung Baden-Württembergs beim Ausschreibungsverfahren künftig kompensieren?

Die Deckelung der Windkraft an Land auf 2.800 MW brutto Neubau pro Jahr muss beendet und die Ausschreibungsmenge entsprechend der Leistungskraft der Branche deutlich angehoben werden. So hätten mehr Unternehmen und auch Binnenstandorte bessere Chancen auf Zuschläge.

8. Sehen Sie Möglichkeiten den Süden beschleunigt mit überschüssigem Windstrom aus dem Norden zu versorgen, z.B. durch schnelleren, unseres Wissens auch weniger problematischen Ausbau der Westleitung von Wilhelmshafen nach Philippsburg („Ultranet“)?

Wir setzen uns für die vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ein. Um dies zu schaffen, muss die veraltete Netzinfrastruktur fit gemacht werden. Nur so ist garantiert, dass die teils stark schwankenden erneuerbaren Stromquellen dezentral ins Netz eingespeist werden können und dass Windstrom aus dem Norden effizient und weiträumig in die Verbrauchshochburgen in Süd- und Westdeutschland übertragen wird. Dazu braucht es auch neue Stromtrassen. Die Leitung nach Philippsburg ist aktuell in der Bundesfachplanung. Die Inbetriebnahme ist laut Bundesnetzagentur für 2021 vorgesehen.

9. Sind Sie bereit die EEG-Umlage aus dem Strompreis herauszunehmen und anders zu regulieren und auch die Stromsteuer in die Strompreisprüfung einzubeziehen?

Wir wollen über neue Wege in der Umlagefinanzierung diskutieren und z. B. prüfen, die Industrieprivilegien über den Bundeshaushalt zu finanzieren. Das würde die EEG-Umlage um ca. 1,7 ct/kWh reduzieren.

Wir wollen die Stromsteuer abschaffen und im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung einführen.

10. Wie stehen Sie zu einem gut funktionierenden europaweiten Stromnetz und in diesem Zusammenhang zur Forderung eines offenen Strommarktes in der EU?

Die Erzeugung und Verteilung von Strom in Europa muss besser vernetzt werden. Die Sonne scheint und der Wind weht nicht immer. Aus europäischer Perspektive gibt es aber einen großen Ausgleichseffekt. Wenn man die Wetter- und Klimaregionen in Europa vom Atlantik bis zum Baltikum, vom Mittelmeer bis Skandinavien besser miteinander verzahnt, dann sinkt auch der Bedarf an Speichern und Reservekraftwerken. Deshalb treiben wir die europäische Energieunion voran und wollen sie zu einer echten Klimaunion ausbauen.